

Bezugspreis:

Bestelljahr 25,50 M., monatl. 2,50 M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Voll“, erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die oberschlüssige Anzeigenstelle ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 20. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Fort mit den Schwarzen!

Die Nationalversammlung beschäftigt sich heute mit den Ausschreitungen des französischen Militarismus...

So bleibt die heutige Sitzung, so sehr auch ihr Gegenstand die Desfentlichteit bewegt, in parlamentarisch-politischem Sinne nur Zwischenaktstimmung.

In der heutigen Debatte kam noch eindrucksvollen Reden der Genossin Kochl und des Reichsministers Genossen Dr. Köster über die Kulturschmach der schwarzen Befehlshaber...

Die Entscheidung darüber, ob heute Schluss gemacht wird oder ob morgen noch eine letzte Sitzung stattfindet, wird erst in den späten Nachmittagsstunden erfolgen.

177. Sitzung, Donnerstag, den 20. Mai, 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Koch, Köster, Schmidt.

Farbige Truppen im besetzten Gebiet.

Die Regierung erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation Löbe (Soz.) und Genossen, betreffend die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten bereit.

Abg. Frau Kochl (Soz.): Der Interpellation haben sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen angeschlossen...

Die entschlossenen, traugigen und schauderhaften

Vorkommnisse, die zu unserer Kenntnis gekommen sind, zwingen uns dazu, Flamme nach Protest zu erheben. Sie sind so gräßlich, daß man sich fräut darüber nachzudenken und nur ungern davon spricht.

die kulturwidrige Servandung

dieser farbigen Truppen, damit wir befreit werden von diesen unwürdigen Zuständen.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Köster: Die Regierung ist den Interpellanten dankbar, daß sie ihr Gelegenheit gibt, ihre Meinung kundzutun in einer Frage, die seit vielen Monaten auf dem deutschen Volke lastet...

Kassentaktik gegen die Schwarzen

an sich, sondern um die Verwirklichung der bedrohten deutschen Sitte und Kultur.

hen Europa ein Vergeben an Gesamt Europa ist. (Sehaste Zustimmung.) War schon im Kriege die von Frankreich besonders gebrauchte Verwendung farbiger Truppen ein Gefährliches...

den man unserem Volk verfehlt, wenn man hat, nachdem man es ein Jahr lang ökonomisch und national ausgeplündert und bedrückt hat...

bezeichnen kann (Sehaste Zustimmung), eine Katastrophe, die ihrem nicht zum Ziel, so doch zur Folge hat, daß der deutsche Volksgenoss in seinem wütlichen Wunde bayerischer Verzweiflung entgegenschlägt.

die Abhaltung bei diesen schwarzen, europafremden Truppen

beginnen. Ich habe verschiedene Franzosen über die schwarzen Truppen gesprochen und mir wurde verschiedentlich vorgehalten, daß gerade bei diesen die Disziplin besser sei als bei manchen weißen Truppen...

von der schwarzen Plage befreit

werden. In diesen Tagen haben in Paris deutsche und französische Industrielle und Kaufleute zusammen, um über die künftigen wirtschaftlichen und kommerziellen Verbindungen zwischen Deutschland und Frankreich zu beraten.

Reine Damen und Herren! Die deutsche Regierung hat vom ersten Tage der Verwendung schwarzer Truppen sich bemüht, durch alle Kanäle und Apparate, die ihr zur Verfügung standen, die Entfernung zu erreichen.

Alle Proteste aber haben bisher keinen Erfolg gehabt.

Son mir aus muß ich sagen, daß weitere formelle Proteste an Frankreich wenig Sinn haben werden. Wir müssen die weltweite Öffentlichkeit in Sachen, und wir müssen uns über die Schwärze im Westen, und wir müssen uns an den Völkerverbund wenden,

ob er nicht vielleicht die Mittel und Wege finden kann, um auf Frankreich einen Einfluß zur Entfernung der schwarzen Truppen auszuüben.

Der Minister erinnert daran, daß Präsident Kauffman als Delegierter des Völkerverbundes in Berlin über den Rücktritt der Deutschen und russischen Kriegskriegsgenossen verhandelt und fährt fort: Der Völkerverbund wird also lebendig.

Der Völkerverbund hofft, daß er sich auch der Frage der schwarzen Truppen annehmen und daß es ihm gelingen möge.

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Christentum und Sozialismus.

Bekanntnis eines christlichen Gewerkschaftsführers.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Die Presse beschäftigt sich mit den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der zur Pflege der Gemeinwirtschaft geschaffenen industriellen Selbstbewirtschaftungs Körper.

In diesem Betracht ist es von besonderem Interesse, das Urteil eines der hervorragendsten christlichen Gewerkschaftsführer über die bisherigen Sozialisierungsmassnahmen kennen zu lernen.

Sobiel kann ich Ihnen heute schon sagen: auch die christlich orientierte und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist es — abgesehen von einigen älteren Eigenheimern — entsetzt ab, unter dem individualistisch-kapitalistischen Wirtschaftssystem in Zukunft zu bleiben zu tun.

Die Preissteigerungen und die Ausbeutung der Allgemeinheit durch die Schwerindustrie fordern ganz und gar herab. Nach der Vergeltung der öffentlichen Meinung durch die Kohlen-Schichtarbeiter (Kaufkraft und Lohnpolitik) soziale Beschäftigung eines wesentlichen Teiles der Preise usw.) sind ein weiterer Anlaß, um durch wirtschaftspolitische Massnahmen gemeinschaftlicher Art diesen Herren ein wirksames Parol bieten zu können.

Wah ich verspreche mir von den jetzigen Selbstbewirtschaftungskörpern und Arbeitsgemeinschaften der Industrie vorläufig nicht das, was man sich allgemein jetzt davon verspricht.

Die Hoffnungen hierauf sind weit übertrieben. Den gewissenhaften Unternehmervertretern stehen bei der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen in den Arbeitsgemeinschaften, Selbstbewirtschaftungskörpern, Augenhandelsstellen usw. sehr oft Arbeitervertreter gegenüber, die sich durch bereitwillige Entgegenkommen der Unternehmer der einzelnen Branchen in der Lohnfrage verlocken lassen.

Den Ambitionen der Unternehmer auf das Interesse der Allgemeinheit Vorzugsdienste zu leisten, allerdings kommen aus dem Arbeiterlager auch schon Stimmen der Kritik, die die Schliche der Kapitalismus durchschauen.

Wenn wir nun an die gemeinschaftliche Umgestaltung eines Teiles der Kohlen- und Stahlindustrie ernstlich herangehen wollen, dann brauchen wir eine Mehrheit im Parlament.

Beides ist schon ansehnlich weit verstrichen, und der Kapitalismus hat sich in seiner neuen Position bereits hart verankert und festgesetzt. Die beiden Reichsparteien haben ihn unbedingt und zum Teil in seiner alten Form.

Die christliche Volkspartei, dem viele christliche Gewerkschaften angehören, steht in der Frage gespalten da. Der rechte Flügel und seine Mittelstandskräfte machen nicht mit. Die Arbeiter schon. Die demokratische Partei, in der die Vertreter des Bank-, Handels- und Börsenkapitals ein gar geschicktes Wortlein mitreden haben, dürfte für solche „sozialistischen Experimente“ nicht zu haben sein.

Diese Ausführungen des christlichen Gewerkschaftsführers, der sehr aktiv im Gewerkschaftsleben tätig ist, sind auf alle Fälle sehr interessant. Er ist sich seiner Klassenlage jenseit bewußt, daß er klar die kapitalistische Gewinnung aller bürgerlichen Parteien, einschließlich seiner Partei, des Zentrums, erkennt.

Dem die christlichen Arbeitersekretäre im Zentrum bestimmen nicht dessen Politik, hat doch Herr Trimborn einer Koalition mit der durchaus kapitalistischen Stresemann-Niehr-Vorles, das Wort geredet.

Der christliche Gewerkschaftsführer trifft den Nagel auf den Kopf, wo er schreibt: Wir brauchen eine Mehrheit im Parlament für die Sozialisierung. In der Tat, die brauchen wir. Wenn die Klassen der christlich orientierten Arbeiter das auch einsehen, kommen wir zu dem Ziel.

Der Brief des christlichen Gewerkschaftsführers ist aber auch ein neuer Beweis dafür, daß Christentum und Sozialismus sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern wesenverwandt sind.

Der christliche Gewerkschaftsführer bekennt sich zum Sozialismus mit einer Bestimmtheit, die wieder einmal die Agitation-Gräse von dem „christentumsfeindlichen Sozialismus“ läßt.

Dass die Entwicklung zu einer Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung drängt, gesteht übrigens auch der Handelsredakteur des gewiß nicht sozialisierungsunwürdigen „Berliner Tageblatt“ ein, indem er in einer Betrachtung über die „Distatur der Eisenindustrie“ am Sonnabend, den 15. d. Mts., schreibt: „In der Montanindustrie wird sich das volkswirtschaftliche Prinzip nach unserer Ansicht kaum anders zur Geltung bringen lassen, als daß der Eisenindustrie die Rolle entwedert ganz aus der Hand genommen oder die Bestimmung über sie doch ganz erheblich eingeschränkt wird.“ Wenn das die Herren Gothein, Dernburg und Genossen nur einsehen möchten. Für die Sozialisten hat der christliche Gewerkschaftsführer das nächste Ziel richtig gestellt: „Wir müssen eine Mehrheit im Parlament haben!“

## Breddeff-Ranhaus Dokumente.

### Kommunistische Forderung.

Am letzten Sonntag gaben wir die Bedingungen bekannt, unter denen der von den Unabhängigen empfangene Graf Breddeff-Ranhaus Anfang Dezember 1918 die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm. In ihnen war auch die Klause gewalttätiger kommunistischer Umsturzversuche durch Gewalt gefordert. Daraus, daß die unabhängigen Volksbeauftragten an dieser Bedingung keinen Anstoß nahmen, vielmehr, gegen Emil Barth's Stimme, die Ernennung bejahten, zogen wir den Schluß, daß die Unabhängigen in der Zeit ihrer Ministerverantwortung selbst die höhere Notwendigkeit dessen einsehen, was sie als Opposition leitend schärflich bekämpften.

Die „rote Fahne“ zieht nun aus dieser Veröffentlichung den Schluß, es sei bei der Ernennung Konzepts der Plan verabschiedet worden, die kommunistische Bewegung in Blut zu erstickten.

Dies ist eine Anzettelung wider besseres Wissen. Die „rote Fahne“ weiß selbst sehr genau, daß die Kommunisten tatsächlich den Plan, gewalttätige Umsturzversuche durch Gewalt durchzuführen und daß die gewalttätige Klause erst dann in Betracht kam, wenn sie an die Durchführung dieses Planes gingen. Der Plan, die rein sozialistische Regierung über- und außer Acht zu lassen, wurde schon in dem Augenblick gefaßt, in dem sie entstand. Ein öffentlich laufender Parteitag der Kommunisten beschloß später, die von den Arbeitern und Gewerkschaften beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung gewalttätig zu verhindern.

Die sozialistische Regierung hatte die Pflicht, dem unpräzisen Mandat eines unpräzisen Komitees entgegenzutreten. Diese Pflicht hat sie anerkannt und erfüllt. Die Behauptung, sie hätte es auf militärische Maßnahmen abgesehen — in einer Zeit, in der ihr militärische Maßnahmen gar nicht zur Verfügung standen — ist eine Tollhausphantasie. Die Kommunisten und die Unabhängigen um Redner haben die gewalttätige Entscheidung gewollt, angeführt, vorbereitet und schließlich erzwungen. Die „rote Fahne“ sollte den Mut haben, diesen Tatsachen ins Gesicht zu sehen und auf Geschichtsfälschungen zu verzichten.

## Rentenerhöhung für Unfallverletzte.

Möher bezogen die Unfallverletzten, deren Erwerbshfähigkeit um mehr als 50% Proz. herabgesetzt war, eine monatliche Zulage von 20 M. Die Bewilligung der Zulage war insofern von der Bedürftigkeit des Verletzten abhängig. Die Witwen und Pfälzen der tödlich Unfallverletzten waren indes von der Bewilligung dieser Zulage ausgeschlossen. Am 5. Mai 1920 ist nunmehr eine neue Verordnung ergangen, die nicht nur eine Erhöhung der bisherigen Zulagen, sondern auch deren Ausdehnung auf die Hinterbliebenen (Witwen und Pfälzen) ausdehnt. Die Bewilligung der Zulagen ist auch nicht mehr von der Bedürftigkeit abhängig gemacht. Unfallverletzte, die nicht eine Rente von 50 Proz. oder mehr der Vorkrante ausfinden eines oder mehrerer Unfälle bezogen, die sich vor dem 1. Januar 1920 ereignet haben, erhalten zunächst für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1921, wenn sie nicht Ausländer sind, eine monatlich im voraus zahlbare Zulage zu ihrer Rente.

## Doktorarbeiten.

Der preussische Unterrichtsminister hat die Fakultäten der Universitäten ermächtigt, es auf weiteres auf Drucklegung der Doktor-Dissertationen zu verzichten. Die Arbeiten sollen künftig in vier Exemplaren in Wachsmanschrift, die auf der einen Seite und der Umkehrseite des Blattes, sowie bei der Falsifikation aufbewahrt werden sollen, eingeleitet und im übrigen nur ein einziges, wenige Seiten umfassendes Exemplar gedruckt werden. Damit ist der gedruckte Doktor-Dissertation wohl für absehbare Zeit in Deutschland das Ende bereitet.

Unabhängig solcher kleinen oder auch größeren Druckereien sind während der Jahrhunderte unter den deutschen Breiten hergestellt worden und solche wertvolle und geliebte Arbeiten, ja sogar einige unterirdische Meisterwerke der Wissenschaft sind darunter entstanden. In der Umkehrseite des Blattes, sowie bei der Falsifikation aufbewahrt werden sollen, eingeleitet und im übrigen nur ein einziges, wenige Seiten umfassendes Exemplar gedruckt werden. Damit ist der gedruckte Doktor-Dissertation wohl für absehbare Zeit in Deutschland das Ende bereitet.

Ein besonderes Kuriosum einer Doktorarbeit kam im Jahre 1879 ein junger Berliner Polek, der nachmalig Professor einer südamerikanischen Universität geworden ist. Was er doch dem üblichen Lebenslauf, freilich nur in einem Exemplar, den denkwürdigen Schlussatz: „Während seiner Studienzeit trank der Verfasser ca. 6 (genau 5.990) ein Bier.“ Die Berliner Staatsbibliothek besitzt von dieser Dissertation in einem Bande gebunden, zwei Exemplare, eine mit dem feuchtschwarzen Aufsat, das andere ohne diesen. — Ob auch das Ausland durch Dänemark und Deutschland zum Verzicht auf gedruckte Doktorarbeiten genötigt sein wird, darf vielleicht derzeit noch bezweifelt werden, und wenigstens dürfte es von der Neuen Welt auch hier wohl wieder heißen: „Amerika, du bist es besser!“ Dabei läßt sich nicht leugnen, daß auch manche jenseits des Ozeans erschienenen Doktorarbeiten nur von recht fragwürdiger Bedeutung sind. Ist doch z. B. noch in unserem jungen Jahrhundert an einer amerikanischen Universität eine Doktorarbeit „Ueber die beste Art des Desinfektions“ aufgelegt worden.

Sollte die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitslohn eines landwirtschaftlichen Arbeiters oder nach der durchschnittlichen Monatslohn der Besatzung von Seefahrzeugen berechnet ist, würde die Zulage bei Unfällen aus den Jahren 1885 bis einschließlich 1900: 110 Proz., bei Unfällen aus den Jahren 1901 bis einschließlich 1918: 90 Proz., bei Unfällen aus den Jahren 1919 bis einschließlich 31. Januar 1920: 60 Proz. betragen. Im übrigen bei Unfällen aus den Jahren 1885 bis 1900: 90 Proz., bei Unfällen aus den Jahren 1901 bis einschließlich 1918: 70 Proz., bei Unfällen aus den Jahren 1919 bis einschließlich 31. Januar 1920: 40 Proz. der laufenden Monatsrente. Diese Zulagen treten vom 1. Januar 1920 ab an Stelle der bisherigen monatlichen Zulage von 20 M. in Kraft. Ist die neue Zulage geringer als die bisherige, so ist diese in ihrer Höhe weiter zu gewähren. Für Unfälle, die sich nach dem 31. Januar 1920 und später ereignen, sollen die Zulagen fort. Die festere Rente dürfte darauf auszufüllen sein, daß die Rente sich im letzten Jahre wesentlich gesteigert haben. Infolge des erhöhten Jahresarbeitslohn kommen jetzt auch erhöhte Rentenbeträge in Betracht.

Bezüglich der Monatszulagen an die Hinterbliebenen heißt es im § 5 der Verordnung:

„Witwen, Waisen, Minder, Verwandten der aufsteigenden Linie und anderen Erben, die als solche auf Grund der rechtsgültigen Unfallversicherung eine Rente aus Unfällen von Unfällen bezogen, die sich vor dem 1. Januar 1920 ereignet haben, wird für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1921 eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage zu ihrer Rente gewährt, wenn sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten.“

Sollte die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitslohn eines landwirtschaftlichen Arbeiters beziehungsweise der durchschnittlichen Monatslohn der Besatzung von Seefahrzeugen berechnet ist, beträgt die Zulage bei Unfällen aus den Jahren 1885 bis einschließlich 1900: 80 Proz., bei Unfällen aus den Jahren 1901 bis 1918: 60 Proz., bei Unfällen aus den Jahren 1919 bis einschließlich 1919: 40 Proz. Im übrigen bei Unfällen aus den Jahren 1885 bis einschließlich 1900: 60 Proz., bei Unfällen aus den Jahren 1901 bis 1918: 40 Proz., bei Unfällen aus den Jahren 1919 bis einschließlich 1919: 20 Proz. der laufenden Monatsrente.

Ueber die Bewilligung der Zulagen entscheidet die Berufsgenossenschaft schriftlich. Gegen die Entscheidung der Berufsgenossenschaft ist vom Tage der Zustellung der Entscheidung binnen 1 Monat Einspruch an das Oberverwaltungsamt zulässig.

## Neue tschechische Regierung.

### Koalition der tschechischen Parteien.

Prag, 19. Mai. Wie das offizielle Blatt „Ceska Slovesna Republika“ aus Abgeordnetenskreisen erzählt, wird sich das neue Kabinett wie folgt zusammensetzen: Sieben tschechische Sozialdemokraten, nämlich Lusa, Ministerpräsident, Klemm, Nationale Verteidigung, Dabman, Unterrichts, Kobanys, Volks-ernährung, Winter, Nationale Fürsorge, Derer, Vereinigung (Ministerium, Bayerle, Öffentliche Arbeiten, Agrarpartei vier Sitze, und zwar Schwela, Inneres, Walpeter, Landwirtschaft, Schroder, Gesundheit, Stanjel, Post und Telegraph, Nationalsozialisten; Steidruy, Eisenbahnen, Befehl oder Krousky, Justiz, Dr. Gensch, bleibt Minister des Keupers. Als Kammerpräsidenten in das neue Ministerium ein: Dr. Englich, Nationaldemokrat, als Finanzminister und der Prager Handelskammersekretär, Otopov, als Handelsminister.

Bemerkenswert ist besonders, daß der in der Slowakei wirklich verhaßte Schroder in ein nationales Kabinett abgehoben wird. Aus dem tschechisch-slowakischen Abstammungsgebiet werden täglich tschechisch-polnische Zusammenstöße gemeldet. Die Prager „Tribuna“ verlangt die Schaffung eines tschechisch-polnischen Generalstabes, damit, bei der Möglichkeit eines Krieges mit Polen, nicht französische Offiziere die tschechisch-polnische Armee befehligen.

## Lärmzene in der französischen Kammer.

Paris, 19. Mai. Als der Monarch Leon Daudet in der heutigen Kammer Sitzung seine Streikinterpellation begründete, wurde er fortgesetzt von den Sozialdemokraten und einem

Teil der Sozialistisch-Modikalen für mich unterbrochen, so daß der Präsident nur mit größter Mühe dem Redner Gehör verschaffen konnte. Als Daudet von Longuet, Guillaumont, Souvarine und Gustave Léry, Chefredakteur des „Devoir“, der auf der Journalistentribüne anwesend war, sprach, machte letzterer eine Handbewegung, als wolle er Daudet einen Handstreich zuwerfen. Sofort wurde von der rechten Seite geschrien: Hinaus! Die Sozialisten riefen: Mörder! Mörder! Dem Präsidenten blieb nichts anderes übrig, als die Sitzung zu unterbrechen und die Tribüne räumen zu lassen. Erst nach 1 1/2 Stunden wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident gab eine Erklärung ab, worin er den Zwischenfall behauerte und erklärte, die Unterbrechung über die Bewegung eines Tribünenbesuchers habe ergeben, daß es nicht notwendig sei, gegen diesen Maßnahmen zu ergreifen. Er fügte hinzu, daß ihm die Mitglieder der Rechten und der Linken versprochen hätten, keine Zwischenfälle mehr herbeizuführen.

## Drei Forderungen Deutschlands.

Reichsburg, 20. Mai. (Z. N.) Abgeordneter Zverzen, der deutsche Ernährungsbeirat bei der Internationalen Kommission, verhandelte gestern mit deren Generalvertreter Bruce über die bei Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone verlangte Deckung der Grenze der zweiten Zone nach dem Süden. In den Verhandlungen wurde, laut „Reichsbürger Tageblatt“, drei Forderungen von deutscher Seite vertreten:

1. die handelspolitische Anknüpfung an Deutschland,
2. die wirtschaftliche Anknüpfung bezüglich der Ernährung,
3. Aufhebung des Zwangs und völlige Beseitigung der Grenzbarriere.

Die Internationalen Kommission war mit allen drei Punkten einverstanden, verlangte aber dafür die Einführung des Zwangs zwischens der ersten und zweiten Zone. Nach einer Rücksprache mit der deutschen Regierung wurde dies zugestanden.

## Internationaler Frauentag in Genf.

Der Internationale Frauentag im Reichsbund, der vom 6. bis 12. Juni d. J. in Genf tagt, wird eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen haben. So wird das Verhalten der Frauen zu den politischen Parteien erörtert werden. Ein ganzer Verhandlungstag ist der Behandlung der durch den Krieg geschaffenen Probleme der Prävention und der Verbesserung der Geschlechtskrankheiten gewidmet. Hierüber werden Frau Utrille St. Croix aus Paris, Maude Royden und Frau Swanwick aus England referieren. Zur Besprechung der Arbeiterinnenbeschäftigung wird eine Vertreterin des Internationalen Arbeiterinnenkongresses aus Washington nach Genf kommen. Auch die Frage der Bildung einer besonderen Frauenpartei steht auf dem Programm. Am 10. Juni wird in einer öffentlichen Versammlung von Vertreterinnen aus England, Japan, China und Japan über die Frauenbewegung in den asiatischen Ländern berichtet werden. Auf der Genfer Tagung werden auch Kopenhagen, Finnland und Serbien vertreten sein. Während die holländische Regierung die Einsetzung einer offiziellen Vertreterin abgelehnt hat, wird sich die deutsche Regierung durch Frau Marie Stritt, der bekannten Führerin der Frauentagbewegung auf dem Genfer Kongress vertreten lassen.

## Wahlbeteiligung der Polen.

Der Aktionsausschuss der polnischen nationalen Arbeiterpartei beschloß, wie und geschrieben wird, an den Wahlen zum Deutschen Reichstag diesmal teilzunehmen. Dafür waren, wie der „Wladislaw“ schreibt, drei Gründe maßgebend: der Zusammenbruch der Deutschen in Polen, das Totschweigen der Polen in der Fremde durch den Versailles-Friedensvertrag sowie die Notwendigkeit, die vom Mutterlande getrennten Polen politisch zusammenzuschließen.

Die kommenden Briefmarken. Für die neu zu schaffenden Briefmarken wurde ein Preisauschreiben erlassen, ehe der Reichsfunktionär da war. Er sollte sich also mit etwas Geübtem abgeben. Am 1. Ost der „Mittlungen des Reichsfunktionärs“ sieht er sich mit den Ergebnissen auseinander. Dr. Redlob stimmt dem neuen Direktor der Reichsdruckerei, Helmberger, bei: es ist eine Reihe guter Briefmarken, aber kein Reicher für Briefmarken gefunden. Der Weltbewerber war ein Kolbeseil, diese Form muß überwinden, es muß durch dauernde Zusammenarbeit eine Tradition für die künftige deutsche Marke werden. Inzwischen ist das beste aus dem Wettbewerb zweifelsfrei zu benennen. Als leitende Gesichtspunkte sind erkannt: graphische Bildung — nicht der von Frankreich gewählte Medaillensil, nicht Plakat, auch nicht Eglis, nicht Landhaft und langsam zu betrachtendes Bild, vielmehr schnelle, hampelartige Anschaulichkeit, Mäßigkeit zu bunter Wirkung auch bei Verwendung nur einer Farbe, dazu ein traditionelles Gepräge, das nicht bloß Anknüpfung, sondern vor allem Erklärung bedeuten soll. Und vor allem: aus dem Wunsch der Volkspolizei muß die neue Marke hervorgehen!

Das Gesellschaft der Freunde des Zentralinstituts zur Erziehung und Unterricht wurde am Mittwoch nach heftigen Kundgebungen im Deerenhause begründet. Die neue Gesellschaft soll die verdienstvolle, freie Arbeit des Instituts fördern und führen. In ihr sollen, wie Genosse Heinz Schulz karoli, alle Richtungen vertreten sein, um gemeinsam der Jugend zu dienen. Professor Spranger legte in einem Vortrage über „Die pädagogische Wissenschaft und ihre Bedeutung für das Volkswesen“ die Richtlinien der geplanten Arbeit dar und betonte, daß das Institut aus dem Leben schöpfen und auf das Leben unmittelbar völlig zurückwirken müsse.

Der Historiker August Köhner ist beinahe 70jährig in Wien gestorben. Seine Forschungen erstreckten sich vorzüglich auf Österreichische Geschichte (ins 18. Jahrhundert) und dann ins Mittelalter (Napoleons). Von kulturgeschichtlichem Interesse hat seine Studien über die altösterreichische Diplomatik und Geheimpolizei. Köhner, der politisch als deutschliberaler Abgeordneter hervorgetreten ist, hat auch eine umfassende Darstellung Napoleons geschrieben.

Ein Museum der Deutschen Gesangs. Der hessische Sängerbund beschloß auf seiner Jahresversammlung in Kärndberg, die alte Kärntnerkirche, in der Hans Sachs und andere Weikerlinger gesungen haben, anzukaufen und sie in ein Museum der Deutschen Sängerbünde umzuwandeln. Die Arbeiterlänger, die einen immer größeren Teil des deutschen singenden Volkes ausmachen, mühten auch ihren Anteil daran haben.

Schau n. Rauch. In unserer Notiz wird uns mitgeteilt, daß die neue Direktion bemüht sein wird, den belandenen polnisch-literarischen Charakter des Kabarets zu erhalten. Herr Klumb wird auch fernere Mitarbeiter sein. Von der neuen Leitung (Hans von Wolzogen) wurden als Verdichter und künstlerischer Beirat Erhard Vogt, als Komponist Friedrich Hollaender, Werner K. Heymann und Dr. Jap Kool verpflichtet — Wie ist über Manometer auf 99!

Die Berliner Gesellschaft ist am ersten Pfingstfesttag geschlossen, am zweiten von 10—2 Uhr geöffnet.

K. S.

# Der Wahlkampf.

## Der reaktionäre Wahltrieb.

Seit der von der Reaktion ausgehenden Wahlparole müht sich jetzt auch die „Deutsche Tageszeitung“ um den Nachweis ab, daß die Mehrheitssozialdemokratie den Volkswirtschaft in Deutschland einführen wollte. Gleich drei Artikel widmet das agrarische Heftblatt diesem löblichen Zweck. Der eine heißt „Sowjetdeutschland in Erwartung“, der zweite „Vollsozialismus unter ministeriellem Schutz“, der dritte Artikel „Umsatzpläne für die Reichstagswahlen“, erzählt davon, daß die Linksradikalen im Ruhrgebiet für die Zeit der Wahlen einen neuen Umsturz mit Hilfe der Mehrheitssozialisten und unter stillschweigender Billigung der Regierung planen!

Auf dieses blöde Geschreibsel genügt die Antwort, daß die Mehrheitssozialdemokratie, wenn sie den Volkswirtschaft in Deutschland hätte einführen wollen, dies vor anderthalb Jahren, am 9. November 1918, wirklich bequemer gehabt hätte. Damals hätte sie nicht einmal den Finger trümmen zu machen brauchen, sie hätte nur den Widerstand gegen die bolschewistischen Strömungen zu unterlassen brauchen und der Volkswirtschaft wäre in Deutschland binnen wenigen Wochen Laftake geworden. Mit dieser Laftake ist die ganze Unsinnsfabel der rechtsbolschewistischen Verdrängung hinreichend gekennzeichnet.

## Haut sich selbst aufs Maul!

„Post“ gegen „Post“.

Vor einigen Tagen hatte die „Post“ in einer bestimmten agitatorischen Absicht folgenden Satz geschrieben:

So besodet man die De am ten, ohne die die abnungsfloren Minister nicht 24 Stunden registren können, in ausgiebigster Weise.

Da die Deutschnationalen sonst immer behaupten, die Regierung forgt nicht für die Spanten, so hatten wir dieses wertvolle Schändnis, allerdings unter eigenem Vorbehalt gegen die entscheidende Uebertreibung sofort festzusetzen. Der „Post“ ist das schändlich unangenehm und sie vermerkt einen ganzen Zeilartikel darauf, um sich herauszuwinden. Da aber der obenstehende Satz alle abokatorischen Sinne niederstößt, so läßt sich das bihere Blatt, indem es nun dreist und gotteslästerlich das Gegenteil schreibt. Jetzt heißt es:

Der ausgiebigste Besodung ist in den letzten Jahren und besonders seit dem 9. November nach nie die Rebe gewesen und wird es, solange die jetzige Koalition besteht, wohl auch nicht sein. Ausdrücklich: Ein „Post“ — wie Edmund die Adalsteur der „Post“ nannte — kann schreiben rechts, kann schreiben links, ganz wie es ihm befohlen wird und wie es ihm in den agitatorischen Kram paßt. Heute schreibt er, die Beamten werden in ausgiebigster

Weise besodet und morgen erklärt er, von ausgiebigster Besodung sei nie die Rede gewesen. Die deutschnationale Agitationsmanier stellt sich hier ein glänzendes Selbsteugnis auf.

## Ein gutes Vorzeichen!

Die Elternratswochen in Hamburg haben mit einem vollen Siege der Sozialdemokratie geendet. Von 785 Mandaten erhielt die Sozialdemokratie 538, die unpolitisch bürgerliche Liste 187, die unabhängige Liste 60 Sitze. Bei den Volksschulen war überall mindestens eine sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit zu verzeichnen, aber selbst in den höheren Schulklassen erzielte die sozialdemokratische Liste noch sehr beachtenswerte Erfolge. Für die Reaktionäre bedeutet dieser Wahlsieg ein außerordentlich peinliche Ueberrasschung. Mit dem von ihnen geträumten Zusammenbruch der Sozialdemokratie ist es nicht!

Es soll daher gefolgt werden, daß diese peinliche Ueberrasschung nicht die einzige für die Reaktion bleibt. Am 6. Juni soll es noch eine viel höhere Ueberrasschung für die Rechtsbolschewisten und ihre Anhänger geben.

**Berufsbeamtensammlung in Letzau.** In einer gut besuchten Wählerversammlung referierte am Dienstagabend Genosse Oswald Benjamen über die kommenden Reichstagswahlen. Referent führte aus, daß es die Aufgabe des zu wählenden Reichstages sei, das Haus, zu dem die Nationalversammlung den Grundstein gelegt, auszubauen zu einem wohnlichen und angenehmen Heim für das ganze Volk. Um die Ernährung sicherzustellen, sei eine energische Wirtschaftspolitik erforderlich, die unsere heimische Lebensmittelproduktion, möglichst unabhängig vom Ausland, auf ein Höchstmaß steigern. Günstiglich führt er die Gefahr vor Augen, die der jungen Republik von ihren unbesonnenen Feinden, den Rechtsparisien, drohe. Des weiteren betonte Genosse Benjamen die Notwendigkeit der organischen und planmäßigen Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige, welche sich nicht durch ein paar Schlagwörter bewirtschaften lassen. Die Wahlschlüsseln hinsichtlich des Ausfalls der Wahlen in Danzig und Braunschweig allzu pessimistisch anzusehen. Letztes kein Grund vor, denn noch zählte unsere Partei über 100000 glühende Mitglieder. Kommunistische und unabhängige Elemente vermochten nicht den nachhaltigen Eindruck des Referats zu bewahren.

**Die deutschnationalistische Reichsliste.** Die deutschnationalistische Partei hat ihre Reichsliste aufgestellt. Sie beginnt mit dem Namen des Hamburger Senators Petersen. Weiter folgen auf der Reichsliste nach „B. L.“ der Reichsrichtermittler Heiler, der Vorsitzende des Zentralverbandes für den deutschen Großhandel Reusch, der frühere Journalist Dr. Fischer, der ehemalige württembergische Reichsminister Gieseler, auch der Pfälzer Reichsminister Kersch steht auf der Reichsliste. Ob aussichtsreich, wird allerdings nicht gesagt.

anderem vorgekommen, daß diese Leute sich nicht scheuten, Kindern bis in die erste und dritte Etage der Schulgebäude zu folgen und sie dort anzusprechen. Auf verschiedene Beschwerden der Schulkinder bin sollen sowohl in den Schulen wie auch in den Gemeindefunktionen die Lehrer und Schulleiter nichts unternommen haben, um die Kinder zu schützen. In der Stadtverordnetenversammlung erklärte sich der Bürgermeister sofort bereit, mit den stärksten Mitteln gegen solche Personen vorzugehen, die schuldig befunden werden. Hingewiesen hat unser Genosse, daß auf vorgelommene gemeldete Fälle von den Schulleitern leider nichts unternommen wurde, um die Schuljungen zu schützen.

Im weiteren Verlauf der Stadtverordnetenversammlung empfahl der Finanzausschuß, allen seit dem 31. März 1920 entlassenen Kaufmannschaften der Einwohnerwehr ein Abfertigungsgeld von 700 Mk. zu gewähren. Dem Antrag wurde zugestimmt. Ein schon einmal abgelehnter Antrag, den Hausbesitzer bei der Krankenerhaltung anzuführen und den Gewerbetreibenden zu übertragen, wurde einer gemäßigten Deputation für Gesundheit und Lebensmittel überwiesen. Auch reichlich sprachen sich die Wähler für den freien Handel aus, fanden aber auf der linken Seite keine Gegenliebe. Der Wähler von Hochbäumen und Weganlagen auf dem Friedhofsgelände in Stahnsdorf wird angekauft. Der Betrag auf 605 000.— Mk. erhöht. Zum Weisewerk mehr als drei Käufer zugelassen, wird die Angelegenheit an die Friedhofdeputation zurückverwiesen. Auf die Anfrage, ob ordnungsgemäß Nachweise getroffen sind, um die Durchführung der Wahlen am 6. und 20. Juni zu gewährleisten, verpricht der Magistrat alle nur mögliche Hilfe. Wilmersdorf soll nun doch noch ein Krankenhaus erhalten, wenn auch nur in Wilmersdorf mit 100 Betten, aber auch die Bürgerlichen sind bereit zu haben, trotz der Erklärung des deutschnationalen Lehrers Busch, daß Wilmersdorf bisher kein Krankenhaus brauchte, weil nur gesunde Patienten in Wilmersdorf wohnen. Die Vorlage, das Privatkrankenhaus in der Wilmersdorfstraße für 600 000.— Mk. anzukaufen, wird dem Finanzausschuß überwiesen. — Die hiesigen Arbeiter erhalten infolge eines Teilschichtwechsels des Einigungsamts eine laufende Feuerungszulage nach den Löhnen der Vorlage des Magistrats.

## Wer ist Wähler für die neue Stadtgemeinde?

In welchen Kreisen der Groß-Berliner Bevölkerung wird angenommen, daß ohne weiteres jeder Wähler, der für den Reichstag wahlberechtigt ist, auch für die Groß-Berliner Gemeindegewählten das Wahlrecht hat. Nach § 33 des Gesetzes über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin heißt dieses Wahlrecht aber nur den Einwohnern zu, die im Besitz des Bürgerrechts sind und seit einem Jahre ihren Wohnsitz im Bezirk der neuen Stadtgemeinde haben. Die Gemeindevorstände und Magistratsräte fordern daher jetzt diejenigen Personen auf, die noch nicht ein Jahr in ihrem Gemeindegewalt wohnen, bis zum 27. Mai (dem Tage, an dem die Gemeindegewählten angesetzt werden) zur Vermeidung der Streichung in der Wählerliste den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Ausfallfrist in Groß-Berlin erfüllt ist. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist wird die Streichung in der Wählerliste vorgenommen. Personen, die also im letzten Jahre aus einer Gemeinde Groß-Berlins in die andere gezogen sind, müssen diesen Nachweis der einjährigen Wohnhaftigkeit in Groß-Berlin faktisch erbringen, wenn sie nicht ihr Gemeindegewalt einbüßen wollen.

Ein Ministerialblatt für Volkswohlfahrt wird unter dem Namen „Volkswohlfahrt“ jetzt im Reichlichen Ministerium für Volkswohlfahrt herausgegeben. Das Blatt erscheint als Halbmonatsschrift und enthält neben dem amtlichen, die Verträge usw. wiedergebenden Teil, einen nicht amtlichen Teil, in dem von auswärtiger Seite wertvolle Abhandlungen über die Aufgaben der Volkswohlfahrt und deren praktische Durchführung gedruckt werden. U. a. haben bereits Staatsminister Siegel, Reichsminister des Innern, Professor Brunner und der Referent für Jugendfürsorge im Wohlfahrtsministerium, Dr. Friedberg, Beiträge geliefert. Zu beziehen durch die Post, die Buchhandlungen oder C. Heymanns Verlag in Berlin W. 8.

**Einweihung der staatlichen Volksschule in Potsdam.** Eine feierliche Feier fand heute vormittag in der Interoffiziellen Schule zu Potsdam zur Einweihung einer Volksschule statt. In der Turnhalle der Schule hatten sich über 150 Volksschüler aus allen Gauen zusammengedrängt, mit ihnen über 30 Offiziere, die Wachen der Wehr, die die einzelnen Schichten aus ihren Sicherheitsposten entsandt hatten. Major Resse von der Sicherheitspolizei Potsdam, als Leiter der Schule, ergriff zuerst das Wort und ermahnte die Schüler, die neue Aufgabe mit freudigem Eifer zu erfüllen. Volksschulpräsident Birkwisch, als Vorsitzender der Präparationskommission, erwähnte zuvörderst Recht und Ordnung. So lange es nur irgend angehe, müsse der Beamte stets höflich mit dem Publikum umgehen und nur im äußersten Notfall Gewalt anwenden. Das Volk auch nicht Angst vor der Polizei, sondern Vertrauen zu ihr haben. Die Schüler wohnen in der Interoffiziellen Schule und werden aus der Schule der Sicherheitspolizei gepostet. Im dritten Königreichstag beginnt der erste Unterrichtstag. Der Unterricht umfaßt: Verwaltungswesen, praktische Ausbildung, Belehrung über das Strafrecht u. a. mehr.

Das Reichs-Rudewand erscheint Anfang Juni in neuer Ausgabe zum Preise von 10 Mk. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Wegen der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Rudewands wird eine frühzeitige Bestellung empfohlen, weil sonst möglicherweise auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

**Lichtenberg, Sieblungsland in Waidhof.** Der größte Teil der über 100 Sieblungsparzellen auf dem der Stadt gehörigen Gelände des ehemaligen Rittergutes Waidhof ist bereits vergeben. Eine Anzahl von Parzellen steht jedoch auf dem Teil zwischen der Berliner Chaussee und der Orsbahn und auf dem Gelände zwischen beiden Seiten der Hönower Chaussee noch zur Verfügung. Parzellen auf dem letztgenannten Gelände können auch an auswärts liegende Bewerber abgegeben werden. Auskunft im Stadthaus Lichtenberg, Türschmidtstr. 26, Erdgeschoss rechts, Zimmer 11.

Die Karte in das besetzte Gebiet ist, wie uns aus Frankfurt a. M. telegraphiert wird, jetzt wieder ohne weiteres in Umlauf, wenn der Betroffene in Besitz eines Passes, eines Papiertages oder des roten Identitätsausweises ist. Das Bismarck einer französischen Besatzung ist nicht erforderlich.

**Schwermere Chörechen in Weidlich.** Neben Donnerstag, abends 8 Uhr, findet in der Weidlichstraße bei Hammer, Kaiser-Friedrich-Strasse 28/29, eine Verlosung der Bertmannsche statt. Mit und Lustpunkt beteiligt. Am 18. Juni findet bei Hauptstr. 10, Potsdam, ein Gartenfest mit Tanz, Total- und Instrumentalensemble statt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 20. Mai:

**Reichstags-Referent.** 8 Uhr gemeinsamer Nachabend. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Morgen, 21. Mai:

**Friedeburg.** 7 1/2 Uhr im Bürgerklub des Reichsaner Rathhauses öffentliche Versammlung aller Komitee- und Ortsgruppen in Stadt und Kommune. Referent: Gustav Schöfel. 2. Vorsitzender des Ortsabteilungsverbandes, Gustav Schömann, Kommunalbeamter, Emil Schöfel, Ortsgruppenleiter.

**Weddow.** 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung im Lindenpark, Berliner Str. 4. Genosse Ed. Gerstein spricht über das Thema: Was unterliegt die Parteien im Wahlkampf?

## Deutsche Nationalversammlung.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Reichstags-Referent (fortsetzend):

Meine Damen und Herren! Ich kann nicht schweigen, ohne darauf hinzuweisen, daß ganz abgesehen von der Verwendung und Bekleidung durch die farbigen Truppen

unserer Wähler im Westen

in jeder Beziehung unter einem Druck stehen, von dem wir uns hier kaum einen Begriff machen. Wäre nicht das deutsche Volk durch seine ökonomischen Leiden so zerrüttet worden, so glaube ich, würde es das im Reichlichen Gebiet herrschende Regiment nicht so ruhig ertragen. Wäre das deutsche Volk nicht so müde, so würde das, was sich im Westen ereignet, ein ganz anderes Echo bei uns erwecken. Ich möchte in diesem Augenblicke, wo die Nationalversammlung auseinandergeht, unseren Vätern im Westen nochmals sagen, daß wenn es uns auch nicht möglich ist, ihnen unser Mitgefühl in einer Weise auszudrücken, wie es vielleicht notwendig ist, wir trotzdem heute und immerdar mit ihnen leiden, hoffen und arbeiten wollen, damit die Hühndchen aufbrechen, aber die sie flogen, und daß wir möglichst bald einer Vereinerung des besetzten Gebietes entgegensehen können. (Beifalliger Beifall.)

Sodann beschloß das Haus einstimmig die Interpellation zu beenden. Als erste Rednerin spricht namens der Unabhängigen Frau Blich.

Frau Frau Blich (M. Soz.): Wir fordern die Interpellanten auf, unsere französischen Väter im Kampf gegen ihren Militarismus dadurch zu unterstützen, daß sie für die Einhaltung der deutschen militärischen Verpflichtungen des Friedensvertrages stehen (Sehr richtig! bei den Unabhängigen.) denn nur der Militarismus, der alle widerständigen Kräfte löst, trägt die Verantwortung für die auf dem besetzten Gebiet ruhende Last. Warum hört man nichts von der Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen? Warum ist es immer noch möglich, daß die Leistungen Verhaftungen von Freiheits bringen? Wenn das möglich gemacht wird, dann hat die französische Regierung sicher ein Einsehen, um die Gesamtbesetzung des Gebietes aufzuheben. Wir können diesen Entschlüssen zum Ziel nicht mitmachen, denn es verhängt sich hinter ihm doch nur eine neue Völkerverdrängung. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen und Unruhe bei der Mehrheit.) Warum hat denn die Mehrheit dieses Hauses nicht gegen die deutschen Grenzstellungen in den Kolonien und in China protestiert? Die deutschen Soldaten haben genau die gleichen Grenzstellungen im besetzten Frankreich besonnen (Rufe: Gemeinheit, unehrenhaft, lächerliches Aufheben), wie die heute vorgetragen.

Die deutsche Reichspolitik

Es eine ununterbrochene Kette von Verbrechen gegen die Schwarzen. (Unhöflicher Beifall.) Die bürgerlichen Abordnungen verließen den Saal.) Der Schwarze ist durchaus kulturlos und freu. (Rufe: Einste in Sie sich doch an. Orleans!) Schuld sind alle kapitalistischen Regierungen, wenn diese Leute in der Kultur bisher zurückgeblieben sind. Als Sozialisten sind wir gegen alle Ausnahmestimmungen gegenüber allen Klassen, gegenüber allen Rassen. Wir verlangen also, daß die deutsche Regierung alle militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages streng einhält und dann bei der französischen Regierung vorstellig wird, die gesamte Besetzung aufzuheben. (Beifall bei den Unabhängigen.)

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Die Verlesung der Departements Vos de Calais und Nord nahmen die Arbeit am Donnerstag wieder auf.

Die dankbarsten Lehrer des Bezirks Oppeln führen Klage darüber, daß sie die Noten für den Vierteljahr April-Juni 1920 zulebende Verzerrung ergulage die am 1. April bereits ausgegibt werden sollte, heute noch nicht erhalten haben. Sie vermuten nicht mit Unrecht dahinter eine Maßnahme reaktionärer Beamten, um die zur Republik haltenden Beamten durch diese Verschleppungspolitik zu bestrafen.

## Groß-Berlin

### Johannes und das Kinderball.

Neueste Berliner Hof-Unterhaltung.

Es sind nicht immer dieselben Leute, die man auf den Berliner Höfen zu sehen kriegt. Das wandernde Musikantentum, das kurz nach dem Reize durch die Entlassenen sich um die sonderbarsten tabakmachenden Typen bereichert hat — womit natürlich nicht die unglücklichen wirklichen Kriegsinvaliden gemeint sind — greift jetzt zu neuen Attraktionen, um das Vergnügen der Hofbesitzer von neuem anzuregen.

Der Rautenträger im Christusformat, der Sandalenläufer mit mädchenlichen Manieren ist nicht ganz neu. Er, der seine Venen mit einem Strid umgürtet und dessen wallendes Haupthaar niemals durch eine graufame Schere entheiligt wurde, sonnt sich gerne in den Gebärden des biblischen Wästengattungs, Johannes des Täufers.

Das Dreifüßlein trägt bei einem besonderen Unikum dieser Wästengattung ein Schild, wonach Johannes der Zweite, ähnlich seinem Vorbild, auch gerne Heuschrecken und wilden Honig fressen möchte. Da er aber beides in Berlin nicht kriegen kann, so begnügt er sich mit anderem Geziefer, als da sind: Schwaben, Franzosen und Fliegen und einer echten Berliner Kamillonglutte. Jedes Tierchen dieser Art, das der Unerfährliche zum Vergnügen des Hofpublikums mit eigener Lust hinterherläßt, wird von einem Eisen-großchen oder sogar einem Papierschilling begleitet, so daß sich aus der Tagelohnarbeit dieses zweiten Johannes nicht nur ein gelöstigter Lagen, sondern auch eine bedeutende Gold-einnahme ergibt. Einige seiner Öbner wollen ihn auch mit Wangen betreffen, die er aber aus unbegreiflicher Animosität strikte ablehnt. Nachdem Johannes genug der Krabbeltiere verschluckt hat, spaziert bei wachsender Szene ein anderer mit einer Ziehharmonika auf den Hof, dem vier kleine Mädchen in blauroten gewürfelten Kleidchen folgen. Eins tänzelt einen leeren Kinderwagen.

Der Mann legt sich in Position, streicht die Kleider der Mädchen glatt und hebt an, erdrosselnd schön zu spielen, wogu die Mädchen einen hübschen Gruppentanz aufführen. Die kleine Vorstellung, die oftmals wiederholt wird, erntet den lebhaftesten Beifall an Händeklatschen und klingender oder papierner Ränge.

Und wozu der Kinderwagen? fragen die Neugierigen. Das ist die Dreifüßlein, in die je eins der Mädchen hineingelegt wird, wenn es auf der langen Tagelohnarbeit gar zu müde wird.

### Wählungsfrage auf Schulkinder.

In der gestrigen Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung kam eine Angelegenheit zur Sprache, die schon seit einiger Zeit die dortigen Kreise beschäftigt. Es handelt sich um das unerhörte Vorgehen von Wählungen in der Umgebung verschiedener Schulen Wilmersdorfs. Es ist unter

Reutblau, Briß, Budow, Rudow. (Wahlkreis XII.) Verwaltungsbereich 14.

### Außerordentliche Funktionärskonferenz

Freitag, 21. Mai, abends 7 Uhr, Rathhauser Klause, Rathhauser Damm 90.

1. Stellungnahme zur Stadtverordneten- und Bezirkswahl für die neue Stadtbezirke Berlin.

2. Vorschläge zur Aufstellung der Kandidaten.

Die Funktionäre obiger Orte werden ersucht, zu erscheinen.

Bezirkssekretariat Reutblau S.P.D.

